

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tageblatt Rieser  
Rieser Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Circuloff:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 134.

Freitag, 12. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 60 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflammezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Gewilligter Rabatt ertönt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Politik der Woche.

Chequers steht im Mittelpunkt. — Das Echo der Rotverordnung. — Ist der Youngplan endgültig? — Faschismus und Vatikan suchen einen Ausgleich. — Der Berliner Vertrag und die deutsche Ostpolitik.

Der Besuchsbesuch in Chequers ist programmäßig verlaufen. Reichskanzler Brüning und Reichsaussenminister Curtius haben in der britischen Hauptstadt eine freundschaftliche Aufnahme gefunden. Empfangs- und Banketts reichten sich an den Besuchsausflug nach dem stillen Chequers. Die deutschen Staatsmänner hatten wiederholt Gelegenheit, sich mit ihren englischen Kollegen über die nächsten politischen Aufgaben zu unterhalten. Der Reichskanzler verfuhr dabei nicht von dem, was ihm derz bedrückte.

Am Mittwoch kehrten die deutschen Minister mit der „Europa“ wieder in die Heimat zurück. Was brachten sie von ihrem Besuchsbesuch nach England mit? Etwas, was mit Händen zu greifen wäre, sicher nicht. Das Kommuniqué, das bereits am Sonntag abend über Chequers ausgeben war, versicherte nur ganz lautmäßig, daß die augenblickliche Wirtschaftskrise alle Länder heimfuche und daß man deshalb mit gemeinsamen Kräften gegen sie ankämpfen müsse. Irgeendwelche Erleichterungen für Deutschland, das unter der Last der Wirtschaftskrise besonders schwer leidet, sind vorläufig noch nicht ins Auge gefaßt worden. Gerüchte, die kurz vor der Zusammenkunft von Chequers die Welt durchkreuzten und Beunruhigung genug schufen, bewahrheiteten sich nicht. Weber ist von deutscher Seite vorläufig ein Transferratorium beantragt worden, noch hat der Plan eines zwei- oder dreifährigen Zahlungsaufschubs bisher greifbare Gestalt angenommen. In Chequers konnte man aber all diese Dinge wohl unverbindlich sprechen, aber keinen festen Beschluß fassen. Die anderen Partner, vor allem Frankreich, fehlten ja, und ohne sie kann man in der Reparationsfrage keinen Schritt vorwärts tun. Alle Dinge sind zunächst noch im Fluß. Es ist möglich, daß im Herbst eine neue Reparationskonferenz die Wünsche Deutschlands erneut zur Debatte stellen wird.

Zu keiner Zeit hat man mehr über die Frage der Kriegsschulden gesprochen, als in den letzten Tagen. Den Anstoß dazu gab die Reichsregierung in ihrem Manifest, das sie der dritten Rotverordnung mit auf den Weg gab. Die Reichsregierung, und an ihrer Spitze der Reichskanzler Brüning, bekennt sich jetzt vor aller Welt zur Notwendigkeit der Youngplanrevision. Alles, was Brüning jetzt unternimmt, zielt dahin, die Revision möglichst gut vorzubereiten. Die Erkenntnis, daß dem Deutschen Reich, das am Ende seiner Kraft ist, daß Erleichterungen gewährt werden müssen, wächst in allen Ländern. Eine Ausnahme davon macht vorläufig allein Frankreich. Briand bekannte sich am Dienstag in einer höchst überflüssigen Rede vor der Kammer erneut zu der Auffassung, daß der Youngplan „endgültig“ sei. Diese Behauptungen Briands werden allerdings nicht verhindern, daß die Reparationsdebatte wieder neu aufleben wird, wenn die Staatsmänner aus der Reinen Welt, Herr Stimson und Herr Wellon, nach Europa kommen. In Deutschland, und nicht nur hier, knüpft man an den Besuch der amerikanischen Staatsmänner die größten Erwartungen. Man hofft, auf alle Fälle im Verlaufe des Sommers die Reparationsfrage ein gutes Stück vorwärts zu treiben.

Je schneller gehandelt wird, umso besser. Der Reichskanzler hat sich auf seiner Rückreise davon überzeugen müssen, daß die dritte Rotverordnung im ganzen deutschen Volke einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat. Es gibt keine deutsche Partei, die den Rat ausbrachte, sich zu dem Geschehensbündel der dritten Rotverordnung zu bekennen. Beamte, Gewerkschaften, Gewerbetreibende, die Industrie: sie alle protestieren leidenschaftlich gegen die neuen Belastungen, die ihnen die Rotverordnung auferlegt. Man weigert sich umso heftiger, die unvertretbaren Lasten zu tragen, als man in dieser Rotverordnung keinen floren Willen und kein System zu erblicken glaubt. Die Oppositionsparteien — Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale — verlangen die sofortige Umbildung des Reichstags. Am kommenden Dienstag wird erst darüber entschieden werden, ob der Reichstag wirklich zusammenzutreten soll. Inzwischen sind Bemühungen im Gange, die Rotverordnung durch Änderungen in Einzelheiten die Öffentlichkeit auszubringen. Im Ausland hat übrigens die erste Sprache des Regierungsmantels einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Vor allem in den Vereinigten Staaten sieht man nun ein, daß Deutschland einer Katastrophe entgegensteht, wenn sich das Ausland nicht zu Verständigungen herbeiläßt.

Wie ernst die innere Lage Deutschlands ist, zeigen die täglichen Unruhen, von denen jetzt die Zeitungen berichten müssen. Ein Lichtblick in dieser dunklen Zeit: in Oldenburg haben sich die Rechtsparteien dazu bereit gefunden, die gegenwärtig amtierende Beamtenregierung Caspary zu „tolerieren“ (um das jetzt vielgebrauchte Wort hier anzuwenden). Damit lehnen wenigstens in Oldenburg einigermassen normale Verhältnisse wieder. Weniger erfreulich sieht es zur Zeit in anderen deutschen Ländern aus. In nicht weniger als drei deutschen Ländern, in Preußen, Anhalt, Lippe-Dehmold, werden augenblicklich Volksentscheide durchgeführt. In Preußen soll die entscheidende Abstimmung am 9. August stattfinden.

Gegenüber Chequers und der Rotverordnung verhalten die anderen politischen Ereignisse der Woche. Nach-

## Brüning verhandelt mit den Parteiführern.

Starke Bestimmung innerhalb der Parteien. — Wird Brüning nachgeben?

nds. Berlin. In einer Ministerbesprechung am Donnerstag vormittag berichteten Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius über ihre Besprechungen mit dem englischen Premierminister MacDonald und dem englischen Außenminister Henderson in Chequers. Bei dieser Gelegenheit besprachen die Mitglieder des Reichskabinetts auch die innenpolitische Lage und erklärten sich damit einverstanden, daß Reichskanzler Dr. Brüning Verhandlungen mit den Parteiführern über die Rotverordnung aufnahm.

Im Laufe des Nachmittags ergingen daraufhin die Einladungen an die Parteiführer. Als erste empfing Dr. Brüning die Führer der Landvolksfraktion, die Abg. Dr. Geseke und Döhrig. Die Aussprache trug, wie aus Äußerungen des Landvolks verlautet, lediglich informativen Charakter, wie das ja bei der Schwierigkeit der Materie auch nicht anders zu erwarten war. Am Montag nachmittag werden die Landvolksführer nochmals beim Reichskanzler erscheinen, um die Verhandlungen mit ihm fortzusetzen. Zunächst scheint es sich bei den Besprechungen, die Dr. Brüning mit den Parteiführern abhielt, hauptsächlich um die Frage der Reichstagsbeimischung gehandelt zu haben. Dagegen ist der Reichskanzler offenbar noch nicht auf die konkreten Forderungen der Parteien eingegangen, die ihm bei dieser Gelegenheit unterbreitet wurden. Dr. Brüning dürfte den Parteiführern in der nachdrücklichsten Weise gesagt haben, daß die Regierung unter keinen Umständen mit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags einverstanden sein könne und daß ein Beschluß des Reichstags, der den sofortigen Zusammentritt des Reichstags fordert, weitgehende Komplikationen mit sich bringen würde. In den Kreisen des Landvolks scheint dieser energische Hinweis starke Bestimmung hervorgerufen zu haben. Jedenfalls äußerten die Landvolksvertreter nach der Besprechung, solche Drohungen seien nicht geeignet, die Regierung zur Einberufung des Reichstags abzuweichen.

Am 5 Uhr empfing der Reichskanzler dann den Führer der Deutschen Volkspartei, den Abg. Dingeldey. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war um 8 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten, in der Dingeldey einen Bericht über die politische Lage erstattete. Wegen der Besprechung bei Dr. Brüning mußte dann die Sitzung

unterbrochen werden. Erst nach 7 Uhr kehrte Dingeldey wieder in den Reichstag zurück und erstattete seiner Fraktion Bericht über keine Verhandlungen mit dem Reichskanzler.

Erst in den späten Abendstunden konnte dann Dr. Brüning auch die Sozialdemokraten zu einer Rücksprache empfangen. Als ihre Vertreter erschienen Dr. Bredt, Dr. Herz und Kuffner. Da sich die Besprechung des Kanzlers mit ihnen bis in die Nacht hinzog, so konnte Dr. Brüning mit Dr. Curtius erst heute Freitag früh nach Gut Hebel fahren, um dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Parteiführerverhandlungen sich außerordentlich schwierig gestalten. Dr. Brüning hat zunächst mit den Parteien Rücksprache genommen, von denen die Regierung noch am ehesten Unterstützung erwarten kann. Aber selbst unter diesen Umständen sind die so schwerwiegenden Forderungen aufstellen wie die Forderung des Reichsaussenministers Dr. Curtius und des Reichsfinanzministers Dietrich. Jedemfalls ist nicht damit zu rechnen, daß die Verhandlungen mit den Parteiführern schon innerhalb weniger Tage zum Abschluß kommen.

Eine Einladung an die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hat Reichskanzler Dr. Brüning, wie wir hören, überhaupt noch nicht in Betracht gezogen.

## Die Deutsche Volkspartei für Einberufung des Reichstages.

\* Berlin, 12. Juni. In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich am Donnerstag gegen Rittersnacht hinzog und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilnahmen, berichtete der Parteivorstand, der Abgeordnete Dingeldey, über die innen- und außenpolitische Gesamtlage und über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

## Wird Sachsen geholfen?

Der Besuch des Leiters des Reichswirtschaftsministeriums Herrn Staatssekretär Dr. Trendelenburg in Sachsen.

Dresden, 12. Juni.

Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt zum Besuch des Leiters des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretärs Dr. Trendelenburg in Sachsen:

Durch Saisonbedingung fast unbefruchtet hält sich die Arbeitslosigkeit im Gebiet der sächsischen Wirtschaftskatastrophe hoch über dem Reichsdurchschnitt. Und unzufällig am stärksten alle, einst bestunderte Firmen in diesem dicht besiedelten Gebiet deutscher Arbeitskultur als Opfer der verfehlten Wirtschaftsgelehrung während der letzten zehn Jahre. Die Störung des den schweren sächsischen Standortbedingungen angepaßten früheren Lohnaufbaus durch zentralistische Zwangsmassnahmen, die Verschiebung der Weltbewerbslage durch fruchtlose Benachteiligung, die auf vielen Gebieten festzustellende Benachteiligung in der Vergebung der Milliardenaufträge der öffentlichen Hand sind zum Teil der Anlaß.

So war es begründet, daß nach dem Kanzlerbesuch in Sachsen, den wiederholten Besprechungen mit den Leitern der Reichsressorts in Berlin, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums sich in mehrtägiger Reise von dem Stand im Nordgebiet persönlich überzeugte. Die Besichtigungsreise des Verbandes Sächsischer Industrieller führte ihn über Meerane, Zwissau, Reichenbach, Blauen, Markneukirchen, Kitten-

genhof, Aue, Beyer, den ganzen Chemnitzer Bezirk, Buthschütz, Bismarckwerda, Saugun, das gesamte Zittauer Gebiet nach Sebnitz.

In Betriebsbesuchen, Sitzungen mit Ortsgruppen des Verbandes, zahlreichen Einzelkonferenzen mit Inhabern und Leitern großer und kleinster Betriebe wurden jede Ursache, wie auch die handelspolitische Benachteiligung in ihren Auswirkungen deutlich gezeigt. Es wurde in allen besichtigten Gebieten allgemein bekräftigt, daß ein Mitglied des Reichskabinetts in dieser zum Verständnis der sächsischen Industrie als einer Industrie der Einzelunternehmer notwendigen Vielseitigkeit die Reise durchführte.

Auf der Durchfahrt durch Dresden sowie bei dem Abschluß der Reise wurden vielfältige Darlegungen durch Aussprachen mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Schiefel, dem Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich, Ministerialdirektor Dr. Allen und Ministerialdirektor Dr. Scheffler noch weiterhin vertieft.

Bei sämtlichen Besprechungen kam mit der dankbaren Anerkennung, daß der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums sich in dieser äußerst schwierigen Zeit nochmals persönlich besonders eingehend über die wirtschaftliche Lage in Sachsen informierte, die Hoffnung auf eine kräftigere aktive Anteilnahme der Reichsregierung an der Besserung der sächsischen Produktionsbedingungen zum Ausdruck.

dem der Faschismus mit dem Vatikan wegen der „Katholischen Aktion“ ins Sandgemenge geraten war, bahnt sich jetzt allmählich ein Ausgleich an. Papst Pius XI. wird wahrscheinlich Kardinal Bizzardo aus der Leitung der Katholischen Aktion abberufen, während die Faschisten die Bestrafung aller derer zurecht haben, die sich Hebergriffe gegen die Kirche haben zuschulden kommen lassen.

Am 29. Juni läuft der im Jahre 1926 zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbarte „Berliner Vertrag“ ab. Stresemann schloß ihn seinerzeit nach Locarno ab, um den Draht nach dem Osten nicht abreißen zu lassen. Inzwischen ist eine diplomatische Führungsnahme zwischen Berlin und Moskau erfolgt, so daß man damit rechnen kann, daß der Berliner Vertrag unter

Aufrechterhaltung der alten Bestimmungen verlängert werden wird. Ein sichtbares Zeichen dafür, daß die deutsche Ostpolitik in alten Bahnen weitergeführt werden soll. Deutschland hat allerdings keinen Grund, sich zugunsten der Locarnomächte einseitig nach dem Westen zuzulegen.

## Der Untergang des „Poseidon“

Wesbamuel, 11. Juni.

Es steht jetzt fest, daß die in dem gesunkenen Unterseeboot „Poseidon“ eingeschlossenen achtzehn Matrosen nicht mehr am Leben sind.